

Kritik an Reiche

[13.08.2025] Der Bundesverband Solarwirtschaft warnt vor Plänen, die Förderung neuer privater Solaranlagen zu streichen. Ohne Unterstützung drohten Rückschläge für die Klimaziele und die Solarbranche.

Der [Bundesverband Solarwirtschaft \(BSW-Solar\)](#) hat Äußerungen von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) kritisiert, wonach die Förderung neuer Photovoltaikanlagen auf Eigenheimen entfallen könnte. Ein solcher Schritt würde nach Einschätzung des Verbands sowohl die Erreichung der Klimaziele gefährden als auch die rund 150.000 Arbeitsplätze der Branche schwächen. Für das Erreichen der gesetzlichen Klima- und Ausbauziele seien stabile Investitionsbedingungen in allen Marktsegmenten nötig. Dazu gehöre auch eine Vergütung für Solarstrom, der nicht im eigenen Haushalt verbraucht wird. Die Überlegungen stünden im Widerspruch zum Koalitionsvertrag, der private Haushalte ausdrücklich zu „Akteuren der eigenen Energieversorgung“ machen wolle.

Statt über eine Drosselung des Photovoltaik-Ausbaus zu diskutieren, solle die Bundesregierung den Ausbau in allen relevanten Segmenten auf Kurs halten, Speicherkapazitäten und Netze schneller erweitern und den erzeugten Solarstrom in das Stromsystem integrieren. Laut einer Umfrage unter Solarinstallateuren würden nur vier von zehn Kunden ohne Förderung noch in eine Photovoltaikanlage investieren. Bevölkerungsumfragen hätten zudem mehrfach gezeigt, dass eine breite Mehrheit die Solarenergie als bevorzugte Stromquelle betrachtet und eine stärkere Nutzung in Deutschland befürwortet.

Der Verband lehnte auch Überlegungen ab, Betreiber stärker an den Netzkosten zu beteiligen. Die Verbindung von Photovoltaikanlagen mit Batteriespeichern, Elektroautos, Klimaanlage oder Wärmepumpen sei inzwischen Standard und Sorge für eine effiziente Netznutzung. Weil selbst erzeugter und vor Ort verbrauchter Strom keinen zusätzlichen Netzausbau erfordert, könne die Gebäude-Photovoltaik den Bedarf an Netzerweiterungen und damit die Kosten senken. Eine zusätzliche Kostenbeteiligung von Solaranlagenbetreibern sei daher nicht gerechtfertigt.

(th)

Stichwörter: Photovoltaik | Solarthermie, Politik, Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar)